

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Bestellungen sind in allen Klauen erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugspreis monatl. frei Haus 2,50 M. (Halbmonat 1,25 M.), durch die Post bezogen monatl. 2,20 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-Alt / Geschäftsstelle u. Expedition: Osterbahnpostf. 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfachkonto: Dresden Nr. 18 693 / Dresdner Verlagsgesellschaft / Schriftleitung: Dresden-Alt, Osterbahnpostf. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gefaltete Nonpareilzeile oder deren Raum 0,35 RM. für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Restzeile anschließend an den dreifaltigen Teil einer Textzeile 1,50 RM. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-Alt, Osterbahnpoststraße 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

4. Jahrgang

Dresden, Sonnabend den 23. Juni 1928

Nummer 145

Der große Bluff

Das Scheitern der Koalitionsverhandlungen / Die Volkspartei verschärft ihr Diktat / Weitere Prügel für die SPD

Die Große Koalition bleibt das Ziel

Der Telefondienst meldete gestern nachmittag:

Die Verhandlungen über die Bildung einer neuen Reichsregierung auf der Grundlage der sogenannten Großen Koalition sind gescheitert, da der Abgeordnete Scholz im Namen der Deutschen Volkspartei an der Forderung auf sofortigen Neubeginn des Panzerkreuzers, der Wahl eines anderen Tages als des 11. August für den Nationalfeiertag und die Forderung des sofortigen Beginnes der Umbildungsverhandlungen der Preussischen Regierung, und zwar bis zum Juli, festhielt, und der Abg. Müller-Franken diese Forderung in der Sitzung der sechs Fraktionsführer ablehnte. Müller-Franken ist an die Fraktionen des Zentrums, der Demokraten und der Bayerischen Volkspartei nunmehr herangetreten, um den Versuch der Neubildung der Regierung auf der Grundlage der Weimarer Koalition.

Hermann Müller hat sich nach dem Scheitern dieser Verhandlungen zum Reichspräsidenten begeben, und von diesem den Auftrag erhalten, die Verhandlungen um die „Weimarer Koalition“ aufzunehmen. Es steht aber von Anfang an fest, daß diese Verhandlungen nichts anderes sind als ein Manöver, das von den SPD-Führern durchgeführt wird, um doch noch zur Großen Koalition zu kommen. Zwar wird amtlich mitgeteilt:

Abg. Müller-Franken berichtete heute abend 7 Uhr dem Herrn Reichspräsidenten eingehend über die von ihm in den letzten Tagen wegen der Regierungsbildung geführten Verhandlungen, die heute zu dem Ergebnis gelangt seien, daß die Regierungsbildung auf der Großen Koalition als gescheitert angesehen werden müssen. Abg. Müller schloß daran einen Bericht über seine heute begonnenen Bemühungen um Bildung einer Regierung auf der Grundlage einer Kleinen Koalition.

Hindenburg hat dabei dem SPD-Führer Müller seinen besonderen Dank für seine bisherigen Bemühungen ausgesprochen.

Zu dieser amtlichen Bekanntmachung schreibt die Volksische Zeitung, daß die amtliche Mitteilung den Inhalt der Unterredung zwischen dem Reichspräsidenten und seinem Beauftragten nicht ganz erschöpft. Hermann Müller habe darauf hingewiesen, daß die SPD mit großer Geduld um das Zustandekommen der Großen Koalition bemüht und auch jetzt noch bereit sei, bei der Kabinettsführung Zählung zu behalten. Hermann Müller wird den Versuch machen, eine sozialistische Minderheitsregierung zu bilden, unter Hinzuziehung solcher Persönlichkeiten, die sich mit Rücksicht auf das Interesse des Staates zur Verfügung stellen.

Wie eine solche „sozialistische Minderheitsregierung“ aussehen soll, zeigt heute die Aufstellung der Volksischen Zeitung. Diese schreibt, daß an diesem, unabhängig von den Parteien aufgestellten Kabinett, Hermann Müller, Reichsfinanzminister Guérard (Zentrum), Vizekanzler, Severing (SPD), Amers, Dr. Stresemann (Volksp.), Neuhäuser, Koch, Weiser (Dem.), Jüttli, Dr. Hilferding (SPD), Finantzen, Dr. Curtius (D. Volksp.), Wirtschaft, Dr. Schägel (Volksp.), Post, Groener, Reichswehr, Dr. Brauns (Zentr.), Arbeitsministerium, beteiligt sein sollen.

Eine feine „sozialistische Regierung“, oder ein „Kabinett der Persönlichkeiten“. Dieses Kabinett ist aber nichts anderes als die Große Koalition. Durch dieses Kabinett, resp. durch den Versuch, dieses Kabinett zu bilden, sollen die Verhandlungen auf ihren Ausgangspunkt zurückgebracht werden. Die Arbeiter dürfen nicht vergessen, daß das Bestreben der SPD-Führer von Anfang an dahinging, eine Regierung zu bilden, ohne Forderungen zu stellen. Durch das Diktat des Stahlhelms, der den Stahlhelmen in der Volkspartei das Scheitern der Verhandlungen vorschrieb, durch die Forderungen der Volkspartei, wurde die SPD erst zur Aufstellung von Gegenforderungen veranlaßt.

Ueber die Möglichkeit einer Weimarer Koalition liegen bisher noch keine Entscheidungen der daran beteiligten Parteien vor. Das Zentrum will erst seine Gesamtfraktion zusammenberufen. Die Bayerische Volkspartei, die diese Koalition erweitern oder unterstützen möchte, steht bisher auf einem ablehnenden Standpunkte. Dieser aber wird für das Zentrum sehr ausschlaggebend sein. Die Demokraten haben sich wieder für die Große Koalition ausgesprochen. In der gestrigen nachmittäglichen Fraktionsführung hat deren Führer, Koch, erklärt, daß er die Methode der Verhandlungen, vor der Regierungsbildung ins einzelne gehende Forderungen aufzustellen, für falsch halte. Weiter wurde erklärt, daß die demokratische Reichstagsfraktion gegen jede andere als die Regierung der Großen Koalition die schwersten Bedenken habe.

Alle Morgenblätter sprechen heute von einem vorläufigen Scheitern der Verhandlungen. Schon daraus ist klar,

daß trotz dem eingeleiteten Manöver der Kurs mit aller Kraft auf die Große Koalition weitergeht.

Die Germania, das Zentralorgan des Zentrums, schreibt heute früh, daß sie das Scheitern der Verhandlungen bedauere, daß die sozialdemokratischen und volksparteilichen Forderungen so übersehen werden sollen, daß sie sich nicht auf einen Namen hätten bringen lassen. Die barocke Art, mit der der Ministerpräsident Braun den Schritt der volksparteilichen Verhandlungsführung aufgenommen habe, die ungeschickte Taktik der Deutschen Volkspartei selbst und die Haltung der Fraktionen im Landtag habe die Lage im Reich wesentlich beeinflusst und erschwert. Es sei schwer, zu sagen, was nun kommen werde. Auch Besprechungen über die Weimarer Koalition und die Kleine Koalition, an die Hermann Müller denke, müßten Fragen aufwerfen, von denen man nicht wisse, ob sie bald oder überhaupt zu lösen seien. Was aber auch kommen möge, es könne in jedem Fall immer nur die Vorstufe oder ein Uebergang sein zu der in diesem Reichstag einzig stabilen Regierungsform: zur Großen Koalition.

Die Tägliche Rundschau, das Organ Stresemanns, steht einem Kabinett der Persönlichkeiten nicht ablehnend gegenüber. Also auch hier ist die Neigung vorhanden, auf einem solchen Wege zur Großen Koalition zu kommen. Die Volkspartei erlaubt ein Kommuniqué, in dem sie feststellt, daß über die vier

stittigen Punkte: Nationalfeiertag, Einkommensteuer, Panzerkreuzer und Preußenfrage eine Einigung erzielt wäre. In der preussischen Frage wäre die Volkspartei zu Entgegenkommen bereit gewesen. Der Nationalfeiertag sollte auf dem Wege des Geistes geschaffen werden, die Erhöhung des steuerfreien Einkommens in Verbindung mit der Senkung der Reallohnern herbeigeführt werden. Am Bau des Panzerkreuzers hält die Volkspartei fest.

Nach all den Äußerungen der Presse und der Parteien ist ganz klar, daß die Verhandlungen um die Weimarer Koalition nur ein Zwischenpiel der Führer zur Erreichung der Großen Koalition sind. Noch klarer als aus allen anderen Bemerkungen geht das aus dem gestrigen Abendblatt der DZJ hervor. Die DZJ schreibt:

„Dieser große Bluff bedeutet keinesfalls, daß die Verhandlungen über die Große Koalition diesmal tatsächlich und unweigerlich gescheitert seien. Es handelt sich vielmehr um den letzten Versuch der Linken, die Volkspartei einzuschüchtern.“

Nehmen wir alle diese Stimmen zusammen, dann ist ganz klar, daß die Große Koalition das Ziel aller Parteien bleibt.

Deswegen muß man nochmals betonen, daß die Arbeiter sich über die Dinge nicht täuschen lassen dürfen. Die SPD-Führer werden in die Große Koalition gehen, sie sind bereit hierzu, auch dann, wenn vorläufig eine andere Zwischenregelung erfolgt. Die Große Koalition kommt, im Reich und auch in Preußen.

Deswegen: verschärfter Kampf, stärkere Mobilisierung gegen die Manöver der SPD-Führer!

Aufbruch in Serbien

Barrikadenkämpfe in Belgrad und Agram

Aus Wien wird uns gemeldet:

In Agram verbreitete sich am Donnerstag abend das Gerücht, daß der kroatische Bauernführer seinen schweren Verletzungen erlegen sei. Die Nachricht von seinem Tode löste ungeheure Empörung in den Massen aus. Es kam zu spontanen Demonstrationen. Die Massen zogen vor das Kaffeehaus Korja auf dem Hauptplatz in Agram. Ein harter Polizeierdross versuchte die Straße, die zum italienischen Konsulat führt, abzusperren. Das Polizeiaufgebot erwies sich den Massen gegenüber als viel zu schwach. Es wurde Gendarmverletzung herangezogen. Die Masse fürmte darauf das Kaffee Korja, jagte die anwesenden Gendarmen, brach die Tische und Stühle auf die Straße und errichtete damit Barrikaden. Von diesen Barrikaden wurde darauf ein Steinbombardement gegen die Polizei eröffnet. Die Polizei machte darauf von der Schusswaffe Gebrauch und gab eine Anzahl harter Schüsse ab, die eine verheerende Wirkung hatten. 5 Tote und über 40 Verletzte blieben auf der Straße. Durch das Vorgehen der Polizei wurde die Empörung der Menge noch mehr gesteigert. In verschiedenen Teilen der Stadt kam es zu neuen Zusammenstößen mit der Polizei, die wiederum von der Schusswaffe Gebrauch machte. Insgesamt sind etwa 100 Personen verhaftet worden.

Auch in Belgrad kam es zwischen Demonstranten und Polizei zu blutigen Zusammenstößen. In verschiedenen Straßenecken wurden Barrikaden errichtet. Die Polizei löstete 4 Personen und verletzte 12 Personen schwer. 70 Demonstranten wurden verhaftet.

Die Nachricht von blutigen Vorkommnissen in Agram und Belgrad hat die gesamte Situation noch mehr verschärft. Die Erregung, vor allem unter den Kroaten, wächst von Stunde zu Stunde. Da eine Wiederholung der Demonstrationen erwartet wird, ist die strengste Alarmbereitschaft der Polizei der Gendarmen und des Militärs angeordnet worden.

Der Gesundheitszustand Stephan Raditsch hat sich wesentlich verschlimmert. Es ist ein hohes Fieber eingetreten.

An alle Metallarbeiter der KPD!

Am Sonntag, dem 1. Juli, finden die Wahlen der Delegierten zum Verbandstag der Metallarbeiter statt. Es ist nur noch eine Woche, Zeit, um die größte und aktivste Propaganda für die Liste der Opposition, Liste B, zu entfalten.

Die KPD ruft alle Mitglieder auf, in den Betrieben die größte Propaganda zu leisten, alle organisatorischen Maßnahmen vorzubereiten, damit der 1. Juli ein Erfolg für die Opposition wird.

Die Ereignisse in Jugoslawien drohen eine ernste Entwicklung zu nehmen. Ob es dem jugoslawischen Kabinett gelingt, die kroatische Bewegung weiterhin noch mit Militär- und Polizeigewalt niederzuhalten, erscheint sehr zweifelhaft. Die Kräfte des jugoslawischen Königreiches unter Alexander I. ist stark gefährdet. Der Bürgerkrieg steht drohend bevor.

Belagerungszustand im Griechenland

Der Generalstreik ausgebrochen. — Militär gegen die Arbeiter

Athen, 23. Juni. (Eig. Drahtbericht.)

Die Arbeiter der Lebensmittelbetriebe sind in den Streik getreten. Die Lebensmittelversorgung der Stadt ist gefährdet. Der Generalstreik soll ausgebrochen sein. Eisenbahner, Straßenbahner, Arbeiter der Elektrizitätswerke rufen zum Streik. Das Militär ist in Alarmbereitschaft. Ganz Athen gleich einmaligen Heerlager. Der kleine Belagerungszustand ist verhängt. Eisenbahnstationen und öffentliche Gebäude sind vom Militär besetzt. In der Provinz sind zahlreiche Städte infolge des Streiks der hiesigen Arbeiter ohne Licht und Wasser. Besonders ist das Militär gegen die Streikenden vorgegangen. In Kolo ging die Polizei mit blanker Waffe vor. In Piräus haben sich weitere 2500 Tabakarbeiter dem Kampf angeschlossen.

Bundestag des Arbeiter-Turn- und Sportbundes

Leipzig, 23. Juni. (Eig. Drahtbericht.)

Gestern begann der Bundestag des Arbeiter-Turn- und Sportbundes, der zum erstenmal in den eigenen Räumen der Bundeshalle stattfand. Die Tagung wurde durch Sportentwässerungen der Turner, Fußball- und Wasserportler und einer Frauenkonferenz eingeleitet. Bei den Frauen wurde ein Antrag für Zulassung von kommunistischen Vertretern zum Bundestag gestellt. Auf einer Bundesvorstandssitzung, auf der die letzten Vorbereitungen für die Jubiläumstagung zum 35jährigen Bestehen des ATuSpB getroffen wurden, wurde eine Resolution vorgelegt, nach der mit allen kommunistischen Institutionen die Verbindung abgebrochen werden soll. Die Resolution wurde gegen die Stimme von Ellrodt (Leipzig) und die Stimmenthaltung Werner (Köln) — angenommen. Die Kreisvertreter traten ebenfalls zu einer Konferenz zusammen. Die Tagung bestand in der Annulierung der Berliner Mandate der Genossen Tobel und Thienbaum. Der Genossin Vanger, sowie dem Leipziger Genossen Meißner und Ott wurde die Entziehung der Mandate mit kommunistischer Agitation im ATuSpB begründet. Dieser propagatorische Antrag löste eine äußerst erregte Diskussion unter den Kreisvertretern aus, weil sie nicht begreifen können, daß die Genossen und Genossinnen mit einer solchen Brutalität die Beschlüsse des SPD-Parteitages durchzuführen wollen.